

Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz  
Kaiser-Friedrich-Straße 5a | 55116 Mainz

**Frau Bundesministerin  
Christine Lambrecht  
Bundesministerium für Justiz und  
Verbraucherschutz  
Mohrenstraße 37  
10117 Berlin**

**DIE MINISTERIN**

Kaiser-Friedrich-Straße 5a  
55116 Mainz  
Telefon 06131 16-0  
Telefax 06131 16-2644  
Mail: [poststelle@mffjiv.rlp.de](mailto:poststelle@mffjiv.rlp.de)

[www.mffjiv.rlp.de](http://www.mffjiv.rlp.de)

<b>Mein Aktenzeichen</b>	<b>Ihr Schreiben vom</b>	<b>Ansprechpartner/-in / E-Mail</b>	<b>Telefon / Fax</b>	
4522-0002#2020/0003- 0701 74.0129		Dr. Michael Rahe <a href="mailto:Michael.Rahe@mffjiv.rlp.de">Michael.Rahe@mffjiv.rlp.de</a>	06131/16-5106 06131/16-175106	14.09.2020

## **"Rettungsschirm" für Verbraucherinnen und Verbraucher - Offener Brief**

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Lambrecht,

in Zeiten von Corona müssen viele Menschen mit weniger Geld zurechtkommen, weil Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zunehmen. Während der Staat längst für viele Branchen Rettungsschirme aufgespannt hat, werden Millionen Verbraucherinnen und Verbraucher derzeit nicht ausreichend vor den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie geschützt. Daher bitten wir Sie, sich dafür einzusetzen, dass die Bundesregierung auch für Verbraucherinnen und Verbraucher Maßnahmen zu deren Schutz ergreift.

Insbesondere folgende Maßnahmen sollten ergriffen werden:

- ein besserer Schutz vor Inkasso-Gebühren
- eine stärkere Einschränkung von Vorkasse-Geschäften und
- eine Wiederauflage des Kreditmoratoriums.

Jede Branche hat ihren Beitrag zur sozialen Bewältigung dieser Krise zu leisten. Dass ausgerechnet die Inkassounternehmen, die von der derzeitigen Krise sogar noch profitieren, sich nun ihr ohnehin einträgliches Geschäftsmodell quasi vergolden lassen können, ist nicht akzeptabel. Wir halten daher eine Deckelung der erstattungsfähigen Kosten der

Inkassounternehmen bei allen ersten Schreiben auf eine Gebühr von 0,3 für notwendig. Die auch nach dem Gesetzentwurf der Bundesregierung „Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Verbraucherschutzes im Inkassorecht und zur Änderung weiterer Vorschriften“ immer noch zulässige Gebühr von 0,5 oder mehr ist für ein Musterschreiben im Inkassoverfahren vollkommen unangemessen und überhöht. Denn bei einem Betrag von 45 Euro können so beispielsweise noch immer Inkassokosten von 27 bis zu 70,20 Euro entstehen, während bei einer 0,3 Gebühr nur 16,20 Euro zu veranschlagen wären. Wir bitten die Bundesregierung daher die Anhörung der Sachverständigen im Deutschen Bundestag am 16. September zum Anlass zu nehmen, ihre bisherige Haltung in dieser Frage noch einmal zu überdenken.

Verbraucherrechte sind Leitplanken einer sozialen Wirtschaftsordnung. Sie gewährleisten, dass Verbraucherinnen und Verbraucher nicht schutzlos dem „Recht“ des wirtschaftlich Stärkeren ausgesetzt sind. Leider ist derzeit zu beobachten, dass die Position der Verbraucherinnen und Verbraucher dadurch verschlechtert wird, dass in weiten Teilen der Wirtschaft sog. Vorkasse-Geschäfte zunehmen. Mit diesen wird Verbraucherinnen und Verbraucher die dringend benötigte Liquidität für existenzielle Verpflichtungen wie z.B. Miete oder Immobilienkredite entzogen. Gleichzeitig erschweren Vorkasse-Geschäfte die Durchsetzung von Verbraucherrechten erheblich, wie sich derzeit bei aufgrund der Corona-Pandemie stornierten Flügen eindrücklich zeigt, indem die bereits geleisteten Zahlungen teilweise systematisch nicht von den Unternehmen zeitnah erstattet werden, obwohl sie hierzu gesetzlich verpflichtet wären.

In diesem Kontext hat es das Vertrauen vieler Verbraucherinnen und Verbraucher erschüttert, dass in der Krise nicht ihr Schutz verstärkt wurde, sondern ihre Rechte teilweise sogar eingeschränkt wurden, indem sie sich bei stornierten Veranstaltungen jedenfalls zunächst mit einem Gutschein zufriedengeben müssen.

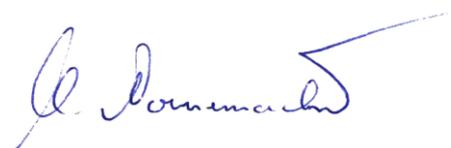
Eine wichtige Maßnahme zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher, deren wirtschaftliche Grundlage durch die Pandemie eingeschränkt wurde, war hingegen das „Kreditmoratorium“. Dieses ist jedoch leider mittlerweile bereits ausgelaufen. Mit der Wiederauflage des Kreditmoratoriums könnte verlorengegangenes Vertrauen wiederhergestellt werden.

Sehr geehrte Frau Bundesministerin, wir befürchten, dass Jobverluste und Insolvenzen im Herbst stark zunehmen werden. Sollen verbraucherschützende Maßnahmen dann wirken, müssen sie daher jetzt ergriffen werden. Dazu bieten wir Ihnen gerne unsere Unterstützung an.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'A. Spiegel', enclosed in a light grey rectangular box.

Anne Spiegel

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'U. Nonnemacher', with a long horizontal stroke extending to the right.

Ursula Nonnemacher, Ministerin

(Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg)

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Dirk Behrendt', with a long horizontal stroke extending to the right.

Dr. Dirk Behrendt, Senator

(Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung des Landes Berlin)

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Anna Gallina', with a long horizontal stroke extending to the right.

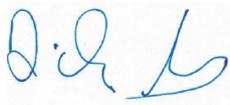
Anna Gallina, Senatorin

(Behörde für Justiz und Verbraucherschutz der Freien und Hansestadt Hamburg)



Priska Hinz, Ministerin

(Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz)



Dirk Adams, Minister

(Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz)